

Einwanderung: Sachsen wirbt um Facharbeiter

DRESDEN. Sachsen will die Zuwanderung von Fachkräften nach Deutschland erleichtern. Eine entsprechende Bundesratsinitiative, die unter anderem vorsieht, das Aufenthaltsrecht auszuweiten, stellten Innenminister Markus Ulbig (CDU) und Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP) in der vergangenen Woche vor. Demnach sollen Ausländer künftig für ein Jahr eine sogenannte „Niederlassungsoption“ in Anspruch nehmen können, auch wenn sie noch keine Arbeit vorweisen können. Für Einwanderer, die bereits zwei Jahre gearbeitet haben, ist ein unbefristetes Aufenthaltsrecht vorgesehen. Unterdessen hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs, angeregt, um Zuwanderer aus wirtschaftlich schwachen EU-Staaten wie Spanien zu werben. 2015 gebe es in Deutschland schon 150.000 Auszubildende weniger als heute, sagte der CDU-Politiker dem *Kölnner Stadt-Anzeiger*. Spanien oder Portugal hätten ihrerseits ein Problem, weil sie jungen Leuten keine Jobs anbieten könnten. „Es ist ein Stück gelebte europäische Solidarität, wenn wir sie unterbringen.“ (ho/ms)

Christian Klar wirft Inge Viett Verrat vor

HAMBURG. Der RAF-Terrorist Christian Klar hat seiner Gesinnungsgenossin Inge Viett des Verrats beschuldigt. Klar warf Viett vor, sich durch Aussagen gegenüber dem Bundeskriminalamt und vor Gericht einen „Kronzeugenrabatt“ verschafft zu haben, berichtet der *Spiegel*. Dadurch habe sie laut Klar für einen versuchten Polizistenmord nur eine „phänomenal kurze Haftzeit“ von sechseinhalb Jahren verbüßen müssen. Viett war nach ihrer Verhaftung 1990 in der DDR zu 13 Jahren Haft verurteilt worden und bereits 1997 wieder aus dem Gefängnis entlassen worden. (ms)



Görlitzer Stadtbrücke über die Neißer: Dient das polnische Zgorzelec als Rückzugsraum für Verbrecher?

Angriffe auf Deutsche

Grenzenlose Verbrechen: Das niederschlesische Görlitz leidet unter den Folgen der Schengen-Erweiterung

PAUL LEONHARD

Kaum ist der letzte Schnee geschmolzen, beginnen im sächsisch-polnischen Grenzgebiet wieder die Raubüberfälle. Das erste Opfer war Mitte Januar eine 48-jährige Frau. Die Täter flüchteten anschließend über die seit dem Beitritt Polens zum Schengen-Raum unbewachte Stadtbrücke in Görlitz. Kurz darauf wurde in der Stadt ein 67 Jahre alter Rentner von drei Polen ausgeraubt und erstochen. Diesmal gingen die Täter der Polizei ins Netz. Derlei Gewalttaten gehören mittlerweile zum Alltag in der niederschlesischen Grenzstadt, deren Bewohner ganz besonders von den Auswirkungen des Wegfalls der Grenzkontrollen zu Polen und der damit steigenden Kriminalitätsrate betroffen sind.

Noch immer bewegt die Görlitzer, was in der Silvesternacht passiert ist. Knapp drei Dutzend polnische Jugendliche waren über die Stadtbrücke in die Altstadt gekommen und hatten Passanten zusammengeschlagen. Aus heiterem

Himmel sei plötzlich eine Faust in seinem Gesicht gelandet, berichtet ein 21 Jahre alter Görlitzer. Von wahllosen Angriffen auf Passanten durch „junge Leute beiderlei Geschlechts im Alter um etwa 20 Jahre, welche untereinander in polnischer Sprache kommunizierten“, berichtete die Polizei. Mindestens zehn junge Deutsche wurden verletzt, ein 16-jähriger mußte im Krankenhaus behandelt werden. Eine halbe Stunde sollen die Schläger auf Deutsche eingedroschen haben, ehe sich Widerstand formierte und die Angreifer über die Brücke flüchteten.

Ermittlungen verlaufen oft im Sande

Die deutsche Polizei traf viel zu spät ein und verhielt sich passiv. Augenzeugen berichten, daß es ein leichtes gewesen wäre, wenigstens einige der Gewalttäter festzunehmen. Während die Görlitzer Polizei lobt, deutsche und polnische Beamte hätten während des Einsatzes gut zusammengearbeitet, leugnen die polnischen Ordnungshüter, daß es überhaupt eine Schlägerei gegeben habe. Man habe keine aggressiven Menschengruppen

gesehen, teilt der zuständige Breslauer Polizeisprecher Pawel Petykowski mit. Es sei unmöglich, daß die Polizei eine flüchtende Gruppe nicht gesehen habe. Überdies hätten die deutschen Kollegen keine konkreten Angaben zu der Gruppe geben können: „Das war wenig hilfreich.“

Auf der Internetseite der polnischen Nachbarstadt Zgorzelec hat man Verständnis für die Schläger. Das Ganze sei doch viel weniger schlimm, als der „Überfall der Deutschen auf Polen 1939“, heißt es in einem Eintrag. Andere Nutzer behaupten, „80 Deutsche haben angefangen, uns, etwa 20 Personen, mit Flaschen zu bewerfen“. Auf Görlitzer Internetseiten werden die Täter in der Kickboxer-Szene der Nachbarstadt vermutet. Es sei ja nichts Neues, daß polnische Jugendliche unter Einfluß von Alkohol und Drogen, aufgestachelt von radikalen Politikern, sich in Deutschland austoben, konstatiert ein Blogger. Und ein anderer glaubt, daß „in einigen polnischen Amtsstuben“ noch immer Frühsommer 1945 sei.

Auch in der Lokalpresse hat die Suche nach den Ursachen für die gewaltsamen

Übergriffe begonnen. „Wo wäre Polen polnischer als dort, wo es an Deutschland grenzt“, wird ein Architekt aus Zgorzelec zitiert. Und ein Autor verweist auf die deutsch-polnische Geschichte und die Grenzverschiebung 1945. Anders als in anderen schlesischen Städten, wo Reiseführer gegenüber deutschen Gästen längst wieder die alten Namen benutzen, definiere sich die ehemalige Görlitzer Oststadt allein über ihren polnischen Namen Zgorzelec. Daß hier der westlichste Punkt Polen ist, daran halte man jenseits der Neißer fest, schreibt die Lokalzeitung: „Das ist ihr verbindendes Element.“ Kulturelle Zusammenarbeit und intensives menschliches Aufeinanderzugehen werde durch Vorurteile ausgebremst und beschränke sich auf die Kreise einer kleinen intellektuellen Elite.

Inzwischen ermittelt im Fall der Prügelattacke der sächsische Staatsschutz wegen Landfriedensbruch und schwerer Körperverletzung. Daß die Täter ermittelt werden, daran glaubt in Görlitz kaum jemand. Auch bei anderen gezielten Angriffen auf Deutsche verliefen die Ermittlungen im Sande.

Versprechen der Woche

Parteien in Spenderlaune

Von Marcus Schmidt



In Hamburg wird am 20. Februar eine neue Bürgerschaft gewählt. Seit Wochen läuft der Wahlkampf auf Hochtouren, und die Parteien tun das, was sie am besten können: Wahlversprechen machen.

Die fünf Parteien, die vermutlich in das Stadtparlament einziehen werden (CDU, SPD, Grüne, Linkspartei und FDP), haben in ihren Wahlprogrammen sage und schreibe 677 Versprechungen gemacht, für die die Steuerzahler letztendlich zahlen müssen. Das zumindest hat der Bund der Steuerzahler herausgefunden, der in den Wahlprogrammen auf eine weitere erstaunliche Zahl gestoßen ist. Die Parteien machen demnach lediglich 71 Vorschläge, mit denen sich Geld einsparen läßt. Diese könnten die in Aussicht gestellten Wahlgeschenke „keinesfalls“ gegenfinanzieren, teilte der Steuerzahlerbund mit und weist auf eine andere Zahl hin: Die Hansestadt ist derzeit bereits mit 47,9 Milliarden Euro verschuldet.

Aussiedler: Angehörige dürfen einreisen

BERLIN. Angehörige von Aussiedlern, die zunächst nicht nach Deutschland ausgereist sind, können künftig auch nachträglich in die Bundesrepublik übersiedeln. Eine entsprechende Änderung des Vertriebenengesetzes hat die Bundesregierung beschlossen. Danach ist es dem Ehegatten oder Abkömmling eines Spätaussiedlers möglich nachzuziehen, wenn der Betroffene die sonstigen Aufnahmevoraussetzungen erfüllt. Die Gesetzesänderung sei Ausdruck der besonderen historisch-moralischen Verpflichtungen gegenüber den Betroffenen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Christoph Bergner (CDU). (ms)

Schaffen wir den Einzug in Fraktionsstärke?



Jan Timke, Landtagsabgeordneter der BIW

Liebe Leser der Jungen Freiheit,

am 22. Mai wählt Bremen ein neues Landesparlament. Wir BÜRGER IN WUT (BIW) werden uns wieder an der Wahl beteiligen. Kürzlich wurde die erste Wahlumfrage veröffentlicht, die uns BIW mit **5,5 Prozent in Fraktionsstärke im Landtag** sieht – das wären 5 Abgeordnete! Derzeit sind wir mit einem Mandatsträger im Landesparlament vertreten.

Die Umfrage hat in der Hansestadt ein kleines politisches Erdbeben ausgelöst, denn weder die rot-grüne Landesregierung noch die CDU haben mit den guten Wahlprognosen für die BÜRGER IN WUT gerechnet.

Klar ist: **Die etablierten Parteien werden bis zum Wahltag alles unternehmen, um den Einzug der BIW in den Landtag zu verhindern.** Denn ein Wahlerfolg wäre der Startschuß für die bundesweite Ausdehnung der BÜRGER IN WUT, die wir gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern vollziehen wollen. Am Ende stünde dann die Schaffung einer bundesweit agierenden demokratischen Rechtspartei, die in Deutschland dringend benötigt wird. Und davor haben vor allem SPD und CDU große Angst.

Ich sage es ganz offen: Ob wir einen Wahlerfolg in Bremen erzielen werden, ist derzeit fraglich. Denn die Widerstände in dem durch Filz und Vetternwirtschaft durchtränkten Stadtstaat sind sehr groß. Und täglich werden uns neue Steine in den Weg gelegt. Deshalb müssen wir in den bevorstehenden Urnengang mehr Geld investieren als geplant: **Insgesamt haben wir 150.000 Euro für einen professionellen Wahlkampf** veranschlagt. Noch fehlt uns ein Teil des Betrags.

Deshalb wende ich mich heute ganz persönlich an die Leser der JUNGEN FREIHEIT: Bitte unterstützen Sie unseren Wahlantritt in Bremen mit einer Spende. Die Chancen für eine neue demokratisch-konservative Kraft in Deutschland stehen so gut wie lange nicht mehr!

Egal, ob Sie uns mit 10, 20, 50 oder 100 Euro unterstützen können – jeder Betrag hilft, den Einzug in das Bremer Landesparlament in Fraktionsstärke zu sichern.

Überweisen Sie bitte einen Betrag Ihrer Wahl auf folgendes Konto:

Empfänger: BÜRGER IN WUT
Bank: Die Sparkasse Bremen
Kto.-Nr.: 11 46 76 77 BLZ: 290 501 01
Verwendungszweck: Spende Wahlkampf Bremen

Spenden an die BÜRGER IN WUT sind steuerlich abzugsfähig. Sie erhalten von uns eine Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung.

Gerne stehe ich Ihnen für ein persönliches Gespräch zur Verfügung. Sie erreichen mich unter der Telefonnummer **030 - 20 866 466 0**.

Herzlichst, Ihr Jan Timke

P.S.: Wir stehen kurz davor, Wahlgeschichte zu schreiben und die politische Landschaft zu verändern. Es wäre unverzeihlich, wenn BIW diese historische Chance entgehen würde, weil unser Wahlkampfbudget nicht ausreicht.

Ich zähle deshalb auf Ihre Unterstützung!

BIW
BÜRGER IN WUT

Wahlvereinigung BÜRGER IN WUT - Torstr. 195 - 10115 Berlin - Internet: www.buerger-in-wut.de